

» geschah: „Leider haben die meisten Menschen in Spangenberg damals geschwiegen angesichts des Unrechts, das jüdischen Nachbarn angetan wurde.“ Sie hätten weggeschaut oder mitgemacht, sich groß gefühlt, „indem sie andere kleinmachten und unterdrückten.“ Das sei großes Unrecht gewesen und habe viel Leid verursacht. „Das ist zutiefst beschämend.“ Es sei gut, dass Stolpersteine nun erinnern „und uns über die Geschichte verfolgter Menschen stolpern lassen“.

Engagement von Schülerinnen und Schülern

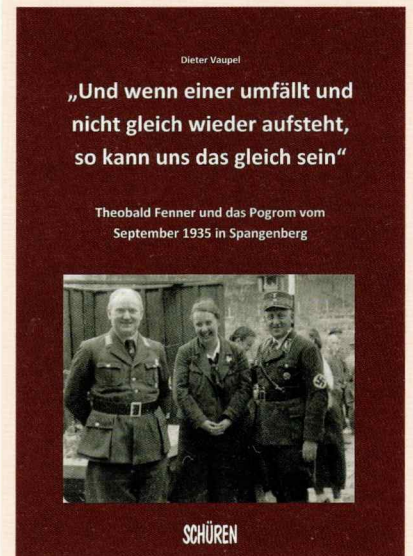
Das Besondere an dieser Veranstaltung war neben der Teilnahme der Familienmitglieder auch das große Engagement von Schülerinnen und Schülern aus der örtlichen Gesamtschule und weiteren Schulen der Region. Durch die Einbindung der jungen Generation kann es gelingen, die Erinnerung auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Das schlimme Schicksal der verfolgten Jüdinnen und Juden während der NS-Zeit zeigt den Jugendlichen, wohin Hass, Ausgrenzung und Intoleranz führen können.

Die beteiligten Schülerinnen und Schüler hatten sich intensiv mit dem Schicksal der Verfolgten auseinandergesetzt und stellten deren Lebenswege in bewegenden Worten vor. Die aus den USA angereisten Nachkommen waren tief beeindruckt vom Engagement der Jugendlichen.

Doch nicht nur die Stolpersteinverlegung stand für die Gäste aus den USA im Mittelpunkt. Sie wollten auch mehr über das einstige jüdische Leben in der Kleinstadt Spangenberg erfahren. So gehörten die Spurensuche nach Vorfahren auf dem jüdischen Friedhof, ein Rundgang durch die historische Altstadt sowie der Besuch an der ehemaligen Synagoge, heute Wohnhaus, und dem Ort der einstigen Mikwe zu den Eindrücken, die sie mit zurück in die USA nehmen konnten. „Es war sehr emotional und überwältigend für uns, was wir in Spangenberg erleben durften“, fasste Debbie Frank-Neuhaus ihre Eindrücke am Ende des Treffens zusammen. ■

Literaturhinweis:

Das Schicksal der Familie Neuhaus ist ausführlich dokumentiert in



Dieter Vaupel:

„Und wenn einer umfällt und nicht gleich wieder aufsteht, so kann uns das gleich sein.“

Theobald Fenner und das Pogrom vom September 1935 in Spangenberg. Schüren-Verlag, Marburg 2021
Kartiert, Paperback · 300 Seiten
ISBN 978-3-7410-0276-2 · 28,00 €

Dr. Dieter Vaupel ist Pädagoge und Politologe. Er war Direktor an einer Gesamtschule und ist jetzt als Dozent an der Universität Kassel tätig.

RAG Südbaden

Wolfram Wette

30. Januar 1933 – die Machtübertragung auf Hitler und ihre Wirkung in der Provinz

Erinnern an 1933 – zu welchem Zweck? Warum beschäftigen wir uns mit einem politischen Ereignis, das 90 Jahre zurückliegt? Nostalgie mit Wohlfühleffekt kann es kaum sein. Was uns immer wieder zum Erinnern motiviert, ist die Hoffnung, dass man aus der Geschichte lernen kann.

Hans-Ulrich Wehler, einer der bedeutendsten deutschen Historiker des 20. Jahrhunderts, antwortete einmal auf die allgemeine Frage „Kann man aus der Geschichte lernen?“ mit der knappen Gegenfrage: „Woraus denn sonst?“ Ich denke, diese Antwort kann man sich einprägen. Man sollte sie allerdings nicht in der Weise fehlinterpretieren, dass sich Geschichte 1:1 wiederholt. Aber es gibt Bedingungen, Ab-

läufe, Aktionen und Reaktionen, Zusammenhänge, die sich ähneln.

Warnungen vor Hitler vor 1933

Politisch aufgeweckte Menschen in Deutschland konnten sich in der Endphase der Weimarer Republik zwischen 1930 und 1933 durchaus eine Vorstellung davon machen, was zu befürchten sei, wenn Hitler an die

Macht kommen sollte:

- die endgültige Zerstörung der Weimarer Demokratie, die den deutschen Nationalisten insgesamt verhasst war,
- die Bekämpfung und Verfolgung ihrer Repräsentanten, die Ausschaltung der politischen Parteien zugunsten der Einheitspartei NSDAP,
- die Praktizierung eines radikalen Antisemitismus,

- der Aufbau eines autoritären Staates nach dem Führerprinzip,
- die Gleichschaltung der öffentlichen Meinung, die Verfolgung aller Andersdenkenden und schließlich:
- die Militarisierung der gesamten Gesellschaft mit dem Ziel einer gewaltsamen Revision des Versailler Vertrages und, weit darüber hinausgehend, die kriegsische Eroberung von „Lebensraum im Osten“.

Vergeblich hatten die linksstehenden Gegner der NSDAP in den Jahren 1930 bis 1933 immer wieder gewarnt: „Hitler bedeutet den Krieg!“

Wahlerfolge der NSDAP

Trotz dieser klarsichtigen Prophezeiung wählten in den Jahren 1930 bis 1933 Millionen von Menschen, die von einem nationalen Wiederaufstieg Deutschlands träumten, die NSDAP. In den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1932 wurde die Hitler-Partei mit weitem Abstand stärkste Partei, woraus sie die naheliegende Forderung ableitete, dass der „Führer“ der NSDAP Reichskanzler werden müsse – auch wenn er keine absolute parlamentarische Mehrheit hinter sich hatte. Aber die Reichskanzler Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher regierten ja ebenfalls unabhängig von parlamentarischen Mehrheiten, lediglich legitimiert durch einen Regierungsauftrag des Reichspräsidenten.

Das Problem bestand also nicht in der Frage, ob die Ernennung Hitlers legal sei oder nicht, sondern es bestand in dem systemspengenden politischen Katastrophenprogramm, das sich – aus Sicht der demokratisch orientierten Hitler-Gegner – in der nationalsozialistischen „Bewegung“ verkörperte.

Die Machtübertragung und die nachfolgende Machteroberung

Die Machtübertragung (der irreführende Begriff der „Machtergreifung“ wird bewusst nicht benutzt) fand am 30. Januar 1933, elf Uhr vormittags, im Büro des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg statt. Dieser ernannte Hitler formell zum Reichskanzler. Gleichzeitig berief er eine Reihe von Ministern aus den Reihen der NSDAP und der – weit rechts stehenden – Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Vizekanzler im Kabinett Hitler wurde der Deutschnationale Franz von Papen.

Damit war der „Führer“ der rechtsextremistischen Nazi-Partei an der Macht. Hindenburgs Schritt war nicht alternativlos. Er hätte auch anders handeln können. So trägt er die Verantwortung.

Das Konzept der Nazis war damit aufgegangen: Seit dem misslungenen Putsch von 1923 hatten sie auf die Taktik der legalen Machtübernahme gesetzt und diesen Weg auch bis 1933 konsequent durchgehalten.

Die eigentliche Machteroberung vollzog sich hernach in einem etwa zweijährigen Prozess.

Die Rezeption des 30. Januar 1933 in der Provinz

Wie wurden die Berliner Vorgänge in der Provinz wahrgenommen? Zum Beispiel in Waldkirch? Wir wollen einen Blick dorthin werfen, wo das Leben konkret war. Welche Reaktionen löste Hitlers Reichskanzlerschaft hier aus? Hatte man eine Vorstellung davon, dass mit dem Rechtsextremisten Hitler an der Macht ein „Weg in die Katastrophe“ begann, um einen Buchtitel des Historikers Heinrich August Winkler zu benutzen? Oder ging hier das Leben einfach weiter, als ob nichts Bedeutendes geschehen sei?

Befragt man die zeitgenössischen lokalpolitischen Quellen, so deutet wenig darauf hin, dass die Menschen in den südbadischen Gemeinden sogleich in vollem Umfang begriffen, dass die am 30. Januar 1933 begonnene politische Reise geradewegs in eine Diktatur und später in den Krieg führen würde. Was sie wirklich wollten, wussten die Nationalsozialisten recht gut zu verschleiern, und ihre Aktionen tarnten sie mit einer Legalitätskulisse.

Das Beispiel Waldkirch

Im Februar 1933 feierte man in Waldkirch und im gesamten Elztal die Fasnet – wie in »

Der Titelkopf der Zeitung „Der Angriff“ vom 30. Januar 1933

Quelle: Wikipedia/Mab11

der Angriff

Verleger:
Dr. Goebbels
Berlin

Das deutsche Abendblatt in Berlin

Für die Unterdrückten
Gegen die Ausbeuter

Nummer 25
Montag, den 30. Januar
1. Jahrgang 1933

Einzelpreis 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Deutsches Berlin:
**Fahnen
heraus!**

Reichskanzler Hitler!
Fried Reichsinnenminister – Göring preußischer Innenminister

» jedem Jahr zuvor. Nichts deutet darauf hin, dass die Ernennung Hitlers in der südbadischen Provinz zu lebhaften öffentlichen Diskussionen geführt hätte. Die machtpolitischen Veränderungen in der fernen Reichshauptstadt Berlin waren „weit weg“. Sie scheinen wie ein entferntes Donnergrollen wahrgenommen worden zu sein. Was wir im Rückblick als einschneidende Zäsur erkennen können, als einen Wendepunkt zur Katastrophe hin, kam damals nicht mit großem Getöse daher, sondern eher wie ein schleichendes Gift.

Zug um Zug wurden die Waldkircher Ortsgruppen der linken politischen Parteien und Organisationen aufgelöst und verboten. Die Reihenfolge ergab sich aus dem Grad ihrer Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. Gelegentlich wurde Gewalt angewendet; aber auffallender noch war die Bereitschaft der bürgerlichen Parteien und Verbände zur freiwilligen Selbstgleichschaltung. Damit ebneten sie vielen Einzelnen den Weg zur bereitwilligen Kooperation.

Das Ende der SPD in Waldkirch und im Elztal

Die SPD verstand sich als die eigentliche Trägerin der Weimarer Demokratie. Dass sie seit 1930 auf Reichsebene nicht mehr an der Regierung beteiligt war, zeigte auch den Niedergang der Demokratie an. Der Stimmenanteil der SPD sackte auf 20 Prozent ab. Das Rechenspiel, dass die Arbeiterparteien SPD und KPD zusammen noch immer stärker seien als die NSDAP, hatte politisch betrachtet keine Bedeutung, da die KPD die SPD als „Sozialfaschisten“ verurteilte und eine Zusammenarbeit daher nicht infrage kam.

In ihren Versammlungen um den Jahreswechsel 1932/33 präsentierte sich die Waldkircher SPD noch einmal mit ihrem Reichstagsabgeordneten Stefan Meier aus Freiburg als Redner und mit ihrem kulturellen Umfeld: der Freien Turnerschaft, dem Arbeitergesangsverein, dem Sängerbund, dem Radfahrverein Solidarität und den Gästen aus Emmendingen, nämlich der Akrobatengruppe der Freien Turnerschaft. Es wurde gelacht und getanzt, aber die

politische Stimmung war eher von Resignation geprägt.

Dass Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, erfuhr man Ende Januar aus dem Radio. Auf diesem Wege nahm man auch die Aufmärsche und Fackelzüge der NSDAP in Berlin wahr. Jetzt strömten nicht wenige Opportunisten in die örtliche NSDAP. Karl Jägers SS-Sturm, der sich als Elitetruppe fühlte, marschierte noch stolzer als bislang schon durchs Städtle. Die Gegner der Nazis hielten sich resigniert zurück.

Am 17. März 1933 wurde der SPD-Reichstagsabgeordnete Stefan Meier verhaftet, zusammen mit anderen Freiburger Sozialdemokraten und Kommunisten in „Schutzhäft“ genommen und in Konzentrationslager verschleppt. Im Zuge der nationalsozialistischen Machteroberung wurden öffentliche Versammlungen der Ortsgruppen von KPD und SPD sowie der parteinahen Vereinigungen verboten und wenig später aufgelöst, auch in Waldkirch. Bürgermeister und kommunale Selbstverwaltungsgremien wurden gleichgeschaltet, ebenso die Freien Gewerkschaften. Die Selbstgleichschaltung der bürgerlichen Parteien ebnete deren Weg in Hitlers Diktatur.

Ein gelungenes Täuschungsmanöver

Wir machen einen zeitlichen Sprung in den April des Jahres 1940. Joseph Goebbels, der Nazi-Propagandaminister, hielt vor ausgewählten Parteijournalisten eine geheime Rede, die in Auszügen im 1965 erschienenen Dokumentenband „Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten“ von Hans-Adolf Jacobsen nachzulesen ist. In dieser Rede ließ er sich triumphierend über das propagandistische Täuschungsmanöver aus, das den Prozess der nationalsozialistischen Machteroberung und wirklichen Ziele der NS-Regierungspolitik zu verschleiern half. So konnten die Zuhörer damals – und ebenso können wir es heute – einen seltenen Blick hinter die „braunen“ Kulissen werfen.

Bis jetzt sei es gelungen, führte Goebbels aus, die Gegner im Inland und im Ausland „über die eigentlichen Ziele Deutschlands

im unklaren zu lassen“. Die innenpolitischen Gegner der Nationalsozialisten hätten bis 1932 gar nicht bemerkt, „wohin wir steuerten, dass der Schwur auf die Legalität nur ein Kunstgriff war. Wir wollten legal an die Macht kommen, aber wir wollten sie doch nicht legal gebrauchen.“

Ein Fazit

Welche Erkenntnisse können wir aus der Erinnerung an den 30. Januar 1933 gewinnen?

Zum einen erlebten viele – nationalistisch eingestellte – Menschen im Deutschland der damaligen Zeit die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler als Erfüllung lange gehegter Wünsche. Sie begrüßten die sogenannte „nationale Revolution“, trauerten der als schwächlich erfahrenen Weimarer Demokratie nicht nach, sehnten sich nach einem „Führer“ und nach Führung und sie sympathisierten mit dem nunmehr zur Staatsdoktrin gewordenen Antisemitismus. Zum anderen waren die damaligen Anhänger der Demokratie, vorweg die deutsche Sozialdemokratie, in der Endphase der Weimarer Republik zwar willens, aber politisch nicht in der Lage, den Weg in die Katastrophe aufzuhalten. Heute wissen wir, dass damals mit der Demokratie auch der Frieden unterging.

Vielfach haben wir die Forderung gehört „Wehret den Anfängen!“ Tatsächlich war es mit „Hitler an der Macht“ schon zu spät. Denn der ganze Apparat hörte jetzt auf das Kommando des Nazi-Kanzlers: das Militär, die Polizei, die Bürokratie, die Justiz. Ich möchte mit der nachdenklichen Frage eines jüdischen Mitbürgers aus Halle schließen:

Immer wieder heißt es heute:
„Wehret den Anfängen“ /
doch erkennt man die /
Anfänge nicht immer erst /
dann, wenn es bereits nicht /
mehr die Anfänge sind? ■

Literaturhinweis

Wolfram Wette:

Von der Republik zur Diktatur.

In: Ders.: Politik im Elztal. Ein historisches Lesebuch. Waldkirch 1990.

Prof. Dr. Wolfram Wette ist pensionierter Historiker, Friedensforscher und Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Der Artikel ist die gekürzte Fassung einer Rede, die Prof. Wette anlässlich einer Veranstaltung am 30. Januar 2023 in Emmendingen gehalten hat.